Deutscher Bundestag **Drucksache 21/9198**

21. Wahlperiode 12.11.2026

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Sören Pellmann, Vinzenz Glaser, Desiree Becker, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke
– Drucksache 21/5496 –

Kuba – Völkerrecht verteidigen, humanitäre Hilfe ermöglichen

A. Problem

Aus Sicht der antragsstellenden Fraktion seien die Folgen der imperialistischen US-Außenpolitik, die den lateinamerikanischen Kontinent lediglich als Hinterhof der USA betrachtet, für Kuba dramatisch. Angesicht dieser dramatischen Entwicklung sei dringend Handlungsbedarf geboten. Es sei keineswegs auszuschließen, dass von der US-Regierung eine weitere Eskalation in Richtung Kuba ausgehen werde. Durch anhaltendes Schweigen zu dem umfassenden illegalen Sanktionsregime der US-Regierung und der beabsichtigten Herbeiführung einer Hungersnot und eines medizinischen Notstands auf Kuba drohe sich die Bundesregierung mitschuldig zu machen.

Aus diesem Grund fordert die antragsstellende Fraktion die Bundesregierung auf, unter anderem, auf bilateraler und multilateraler Ebene politischen Druck auf die US-Regierung auszuüben, um auf die Aufhebung der Handels-, Finanz- und Wirtschaftsblockade gegen Kuba hinzuwirken; sich auf europäischer und internationaler Ebene mit Nachdruck gegen extraterritoriale Sanktionen einzusetzen, insbesondere gegen Maßnahmen, die Drittstaaten bestrafen, wenn sie humanitäre Hilfe leisten oder rechtmäßige Handelsbeziehungen unterhalten; die Aggressionspolitik der USA gegenüber Kuba unmissverständlich und öffentlich zu verurteilen und sich dabei nicht hinter diplomatischen Floskeln zu verstecken, sondern die Verletzung der VN-Charta deutlich aufzeigen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke.

C. Alternativen

Wurden nicht erörtert.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 21/5496 abzulehnen.

Berlin, den 11. November 2026

Der Auswärtige Ausschuss

Armin Laschet
Vorsitzender

Peter Beyer
Berichterstatter

Torben Braga
Berichterstatter

Gabriela Heinrich
Berichterstatter

Deborah Düring
Berichterstatterin

Gökay Akbulut
Berichterstatterin

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Peter Beyer, Torben Braga, Gabriela Heinrich, Deborah Düring und Gökay Akbulut

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 21/5496** in seiner 74. Sitzung am 23. April 2026 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage/n

Aus Sicht der antragsstellenden Fraktion seien die Folgen der imperialistischen US-Außenpolitik, die den lateinamerikanischen Kontinent lediglich als Hinterhof der USA betrachtet, für Kuba dramatisch. Angesicht dieser dramatischen Entwicklung sei dringend Handlungsbedarf geboten. Es sei keineswegs auszuschließen, dass von der US-Regierung eine weitere Eskalation in Richtung Kuba ausgehen werde. Durch anhaltendes Schweigen zu dem umfassenden illegalen Sanktionsregime der US-Regierung und der beabsichtigten Herbeiführung einer Hungersnot und eines medizinischen Notstands auf Kuba drohe sich die Bundesregierung mitschuldig zu machen.

Aus diesem Grund fordert die antragsstellende Fraktion die Bundesregierung auf, unter anderem, auf bilateraler und multilateraler Ebene politischen Druck auf die US-Regierung auszuüben, um auf die Aufhebung der Handels-, Finanz- und Wirtschaftsblockade gegen Kuba hinzuwirken; sich auf europäischer und internationaler Ebene mit Nachdruck gegen extraterritoriale Sanktionen einzusetzen, insbesondere gegen Maßnahmen, die Drittstaaten bestrafen, wenn sie humanitäre Hilfe leisten oder rechtmäßige Handelsbeziehungen unterhalten; die Aggressionspolitik der USA gegenüber Kuba unmissverständlich und öffentlich zu verurteilen und sich dabei nicht hinter diplomatischen Floskeln zu verstecken, sondern die Verletzung der VN-Charta deutlich aufzeigen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 21/5496 in seiner 34. Sitzung am 11. November 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke die Ablehnung.

Berlin, den 11. November 2026

Peter Beyer
Berichterstatter

Torben Braga
Berichterstatter

Gabriela Heinrich
Berichterstatter

Deborah Düring
Berichterstatterin

Gökay Akbulut
Berichterstatterin

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.